

Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsamt
Tageblatt Riefa,
Fernauf Nr. 30,
Verlag Nr. 52.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton:
Verden 1530
Groschen
Riefa Nr. 52.

Nr. 198.

Freitag, 24. August 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Einstehens von Produktionsversicherungen, Gebührens der Börsen und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Anzeigebogens sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für Bewilligte Redak. entfällt, wenn der Betrag versäumt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsart: Riefa. Kätztägige Unterhaltungsbeilage können Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Janger & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Gochstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: L. G. Reichgraber, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riefa.

Die Tagung der Interparlamentarischen Union.

In der gestrigen Nachmittagsitzung

behandelte der ehemalige ungarische Minister v. Verebes das Minderheiten-Problem, das nach seiner Meinung nur gelöst werden kann durch friedliche Verrückung der Grenzen oder durch eine liberale Politik gegenüber den nationalen Minderheiten. Er vertrat ebenso energisch wie Dr. Davids die Abstützung auf die anderen Staaten. Der amerikanische Abgeordnete La Guardia entgegnete zunächst den Präzedenzen seiner Gruppe Senator Burton, der durch einen Wahlkampf am Erscheinen verhindert ist. Er betonte dann, daß die amerikanische Gruppe von dem gleichen Wunsche nach dauerndem Frieden befeuert sei. Von den Locarno-Verträgen bis zu den demnächst zu unterzeichnenden Verträgen zur Beendigung des Krieges schreite die Welt vorwärts trotz des Wüsten des Krieges. propagandischen, die glücklicherweise in Deutschland wie in Amerika nur eine unbedeutende Minderheit bilden. (Lebhafte Beifall.) Nicht der militärische Sachverhalt gebiete in die Abrüstungskonferenz, sondern der Friedensführer. Betrachten Sie, so schloß der Redner unter lebhaftem Beifall, die Vereinigten Staaten nicht als einen entfernten reichen kalifornischen Insel, sondern als einen Bruder in der Völkergemeinschaft, die nach warmer Freundschaft, nach Ruhe und Glückseligkeit strebt!

Der frühere holländische Minister Dr. Geemster beurteilte die Aussichten einer radikalen Abrüstung pessimistisch. Zweckmäßiger wäre es, zunächst für eine Herabsetzung der Rüstungen zu wirken. Für die Neuordnung der Friedensverträge solle das Büro der Union energisch eintreten und dem Völkerverbund Vorschläge machen. (Beifall.)

Der Präsident der polnischen Gruppe Dembinski erklärte, Polen suche seine Vermittlerrolle zu erfüllen, indem es sich freudig allen internationalen Abkommen anlehne. Zu begründen sei es, wenn der Kellogg-Pakt die legitime Verteilung zulasse. Das sei die beste Gewähr für den Frieden.

Der französische Senator Merlin meinte, die Gefahr für den Frieden könne nur beseitigt werden durch die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa. Diese müßten möglich sein, da ja doch auch die kriegerischen Auseinandersetzungen beendet werden könnten, die vor einigen hundert Jahren noch zwischen Stadt und Stadt, Burg und Burg an der Tagesordnung waren. Die Einheit Europas werde den Staaten geradezu aufgezwungen, weil Technik, Verkehr und Wirtschaft immer mehr die Landesgrenzen überschreiten. Rufen die Vereinigten Staaten Europas nicht zustande, dann verliere Europa seine Vormachtstellung. Der glücklichere Kontinent Amerika und der panamerikanische Kongress könnten den europäischen Völkern als Vorbild dienen. Der Redner schloß unter großem Beifall mit dem Ruf, das Blut der neuen Generation dürfe nicht wieder in kriegerischen Auseinandersetzungen vergeudet werden.

Der deutsche Abgeordnete in der Tschechoslowakei Dr. Medinær schloß sich den Klagen darüber an, daß die Verhältnisse der Union nicht durchgeführt würden. Das Mißverhältnis in den Rüstungen der Staatengruppen und dem Aufbau eines komplizierten Sicherheitsystems durch Locarno- und Kellogg-Pakte werde immer größerer. Starr und gedankenarm wolle der Völkerverbund den Status quo erhalten. Jeder Vertrag werde aber zum Unfuh, wenn er nicht ständig umgebildet werde. Er werde dann zur empfindlichen Waffe.

In der heute Freitag fortgesetzten Aussprache

über den Bericht des Generalsekretärs betonte das Mitglied der englischen Gruppe Galloway, daß er als einziger Vertreter des Kommunismus spreche. Unter Bezugnahme auf den Ausdruck des Präsidenten Dr. Schäding unterkräftigte er, daß man vor allem die soziologischen Folgen des Krieges bekämpfen müsse. Eintretend für die Herabsetzung der hohen Postleste, die man allerdings nicht überhöhen dürfe, wies er darauf hin, daß die unsicheren Grenzen in allen Teilen Europas vor allem die Quellen der Unzufriedenheit und der Unruhe seien. Erst die vollkommene Abrüstung könne hier einen Wandel schaffen. So lange noch fremde Besatzungstruppen, so schloß Galloway, sich auf dem Arbeitsgebiet anderer Staaten befinden, werde jeder Friedenspakt illusorisch sein.

Wissa Wissef Ben, der Präsident der ägyptischen Kammer und der Präsident der ägyptischen Gruppe, wies unter anderem aus, daß es keine Mühe sei, eine Klärung über die Art der ägyptischen Krise zu geben, die ja auch schon in dem Bericht des Generalsekretärs erwähnt sei. Auf keinen Fall, so betonte er, habe England bezüglich des Schutzes der Ausländer in Ägypten ein Sonderrecht auf Grund der Regime. Hierin seien alle Länder Ägypten gegenüber gleichberechtigt. Noch weniger berechtigt sei aber der englische Anspruch, eine Besatzungsarmee in Ägypten zu halten. Mit einem Appell an die Versammlung und die öffentliche Meinung der Welt, in diesem Kampfe des Niles mit einem Zwerge einen Druck auf England auszuüben, schloß der Redner seine Ausführungen.

Der Vizepräsident der ungarischen Gruppe, der ehemalige Minister Gösser, sprach für die den Ungarn

von Deutschland erwiesene Gastfreundschaft und brachte die Liebe und Bewunderung gegenüber der deutschen Nation zum Ausdruck. Der Redner beschäftigte sich in seinen Ausführungen im wesentlichen mit dem Distanzierkreis zwischen Ungarn und Rumänien.

Hierauf ergriff der Deutsch-Amerikaner Bartholdi das Wort, der in englischer Sprache den von ihm im vorigen Jahre dem Exekutivrat unterbreiteten Entwurf eines Außerordentlichen Schiedsgerichts begründete. Die unerlässliche Vorbedingung einer allgemeinen Abrüstung sei, so führte er aus, die Überzeugung der Großmächte, daß jede Streitigkeit durch unparteiische gerichtliche Entscheidung geschlichtet und jeder Versuch gegen einen Vertrag von allen anderen gemeinsam geahndet werde. Aber die Erfahrung lehre, daß die Großmächte auf alle Abrüstung einfach nicht eingehen wollten. Es bliebe deshalb nichts übrig, als zunächst das Schiedsgerichts-System zu vervollkommen und dann erst abzurufen. Das Argument für die dringende Notwendigkeit eines allgemeinen Schiedsgerichtsvertrages liefere der neue Kellogg-Pakt, der einen großen moralischen Fortschritt bedeute. Der Pakt hänge aber in der Luft, weil es keine Stelle gebe, die seine Durchsührung erzwingt. Die Vereinigten Staaten gehörten dem Völkerverbund nicht an, deshalb müsse der Rechtsausschuß der Union den allgemeinen Schiedsgerichtsvertrag vorbereiten.

Der deutsche Führer der Minderheiten in Bessarabien, der Abg. Dr. Schiemann, behandelte im Auftrage der deutschen Minderheiten (sowohl als auch der Minderheiten Europas) ihre Lage, die sich, wie er ausführte, in den letzten Jahren außerordentlich verschlechtert habe. So lasse die Behandlung der Deutschen und der slowenischen Minderheiten in Südrußland nicht nur auf dem Gewissen des Staates, dem sie angedröhren, sondern auch dem Gewissen Europas. (Lebhafte Zustimmung.) Gewiß ginge die Zahl der Klagen der Minderheiten beim Völkerverbund zurück, aber nicht weil kein Anlaß zu Klagen mehr vorhanden sei, sondern weil die Minderheiten kein Vertrauen zum Völkerverbund hätten. (Stürmische Zustimmung.) Man verlange von den Minderheiten Loyalität. Wenn man darunter gefühlsmäßige Hingabe zum Staate verstehe, dann werde diese niemals durch Zwang erreicht, sondern nur durch angemessene Behandlung durch den Staat. In Bessarabien sei die deutsche Minderheit 1918 auch nicht im Sinne der Kulturfreiheit behandelt worden, sie habe aber im Laufe der Zeit kulturelle Freiheit erlangt; sie stehe heute frei zum letzten Schritte. Der Redner forderte zum Schluß, daß den Berichten der einzelnen Gruppen der Interparlamentarischen Union Sonderberichte der Minderheiten beigelegt werden müßten.

(Die Sitzung dauert fort)

Interparlamentarischer Rat

Der Interparlamentarische Rat trat am Donnerstag mittig zu einer Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung standen die Wahl des Ratspräsidenten und die Erteilung des Fretaktivkomitees. Auf Vorschlag des Vorsitzenden der deutschen Gruppe, Professor Schäding, wurde das Mitglied der französischen Delegation Ferdinand Bonillon, Präsident der französischen Kammer, unter großem Beifall zum Ratspräsidenten gewählt. Professor Schäding betonte, daß obgleich der französische Kammerpräsident Bonillon erst seit kurzer Zeit seine Tätigkeit der Interparlamentarischen Union widmet, er doch auf der letzten Tagung in Paris einen sehr lebhaften Anteil an ihren Arbeiten genommen habe. Im Namen der französischen Gruppe bedauerte der Abgeordnete Merlin die Abwesenheit des durch Krankheit verhinderten Präsidenten Delors. Er gab seiner Freude über die Tatsache Ausdruck, daß gerade die deutschen Delegierten den französischen Kammerpräsidenten zur Wahl vorgeschlagen hätten. Diese Wahl sei geeignet, die Beziehungen zwischen den beiden Völkern noch enger zu gestalten.

Anstelle des nach den Statuten auscheidenden und nicht wieder wählbaren Senators Brabec, Tschechoslowakei, wurde der dänische Außenminister Rolsteien ins Exekutivkomitee gewählt.

Empfang der Reichsregierung zu Ehren der Interparlamentarischen Union.

Die Reichsregierung hatte am gestrigen Abend die Teilnehmer an der 25. Interparlamentarischen Konferenz zu einem festlichen Empfang in den Festräumen des Zoologischen Gartens geladen. Fast alle Mitglieder der Konferenz nahmen an der Feier teil, viele mit ihren Damen. Für die deutsche Reichsregierung waren Reichskanzler Müller und die Reichsminister von Gausar, Koch-Weser, Dr. Gernius und Dietrich erschienen. Staatssekretär Dr. Wehner war als Vertreter des Reichspräsidenten gekommen. Ferner bemerkte man den Reichsbankpräsidenten Schacht, den Berliner Oberbürgermeister Dr. Koch, den Reichstagspräsidenten Löbe und die Staatssekretäre Dr. Pänder, Dr. von Schubert, Dr. Trendelenburg, Dr. Weismann, Gaumer und Jweigert und den Pressesekretär der Reichsregierung, Ministerialdirektor Dr. Jochim.

An der Ehrenfestung haben auch die diplomatischen Vertreter aller an der Interparlamentarischen Union beteiligten Länder.

Der Staatssekretär im Auswärtigen Amt Dr. von Schubert

hielt eine Ansprache, in der er n. a. ausführte: Es ist mir eine große Ehre und Freude, daß der Herr Reichskanzler mir die Gelegenheit gegeben hat, Sie heute abend im Namen des Auswärtigen Amtes und seines Leiters, des Herrn Reichsministers des Auswärtigen, Herrn Dr. Stresemann, auf das herzlichste willkommen zu heißen. Herr Reichsminister Stresemann hat mich beauftragt, Ihnen vor allem zum Ausdruck zu bringen, wie tief er es bedauert, daß den Rat seiner Ärzte daran verhindert zu sein, in diesem Augenblick persönlich zu Ihnen zu sprechen.

Die 25. Tagung der Union findet statt in einer Zeit, die in weitgehendem Maße denjenigen Ideen die Erfüllung bringt, denen die Begründer und späteren Mitglieder dieser Organisation jahrelang ihre besten Kräfte gewidmet haben. Die friedliche Verteilung von Staatensystemen, die Schaffung einer internationalen Rechtsordnung in den ersten Jahren der Union ein fernes Ziel, ist heute lebendig werdende Wirklichkeit. Ein ganzes Netz von Verträgen verbindet die Staaten Europas untereinander, verbindet die alte und die neue Welt. Wir stehen heute unmittelbar vor der Zeichnung eines höchst bedeutenden Paktes, der in elementarer Form den Krieg absetzt, ihn als Instrument der nationalen Politik beseitigt und damit eine neue Grundlage für die dauernde Sicherung des Weltfriedens schafft.

Wenn diese ganze Entwicklung die von den Völkern erhofften weiteren Fortschritte zeitigen soll, so kann das nicht geschehen, ohne daß auch künftig die Parlamentarier aktiv daran mitwirken, die in der überwiegenden Mehrzahl der Staaten die Staatsgeschäfte entscheidend beeinflussen. Die Außenpolitik kann heute weniger als je am grünen Tisch konstruiert werden. Sie muß sich aufbauen auf der unmittelbaren Anschauung und Kenntnis der in den Völkern wirkenden lebendigen Kräfte. Die Interparlamentarische Union ist vor allen anderen Organisationen dazu berufen und dazu geeignet, den Gedanken der politischen Zusammenarbeit aller Parlamente der Welt zu verwirklichen. Sie ist überzeugt, daß Sie dabei in aller Zukunft in Deutschland volles Verständnis und tiefste Sympathie finden werden.

Nach der Rede des Staatssekretärs Dr. von Schubert brachte der stellvertretende Vorsitzende der Interparlamentarischen Rats, Brabec (Tschechoslowakei), in französischer Sprache den Dank der Interparlamentarischen Union für die herzlich und freundliche Aufnahme zum Ausdruck, die die Vertreter der Parlamente in Deutschland gefunden hätten. Er bat den Redner, dem Reichspräsidenten und namentlich Dr. Stresemann für die baldige volle Wiederherstellung seiner Gesundheit die besten Glückwünsche zu übermitteln. „Wir wollen“, so führte der Redner des weiteren aus, „keinen Krieg und keinen Weltkriege in den Beziehungen zwischen den Staaten ab, weil wir überzeugt sind, daß die Gewalt die internationalen Meinungsverschiedenheiten nicht auf der Grundlage der Gerechtigkeit lösen kann.“ Der Redner fuhr dann deutsch fort und bezeichnete die Arbeit des Völkerverbundes, die Aufgabe des Kellogg-Paktes und die internationale Schiedsgerichtsbarkeit als noch nicht ausreichende Mittel zur Verhütung einer ruhigen Entwicklung der internationalen Politik. Er schloß mit den Worten: „Wir wollen in diesem Kampfe um den Weltfrieden die ersten sein, und dieses Ehrenstück als die letzten und, Gott gebe, nur als Sieger verlassen.“ Daran knüpfte der Redner ein Hoch auf das deutsche Volk und das Deutsche Reich.

Der Abgeordnete Montagne nahm dann als Vertreter der Gruppe der Vereinigten Staaten das Wort, um in einer kurzen Ansprache die engen Verbindungen zu unterstreichen, die zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland beständen. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika sei ein außerordentlich harter Einfluß der deutschen Kultur, der deutschen Weltanschauungen, der deutschen Kunst und der deutschen Kunst zu bemerken. Den Dank für diese befruchtende Arbeit der deutschen Kultur hier auszusprechen, sei ihm Bedürfnis. Die Teilnehmer der Festlichkeit blieben noch lange Zeit in regem Gedankenaustausch beisammen.

Die Krise des Parlamentarischen Systems.

Nach Erledigung des Berichtes des Generalsekretärs wird sich die Konferenz der Interparlamentarischen Union mit dem Thema beschäftigen: Die gegenwärtige Entwicklung des parlamentarischen Systems. Für die Aussprache hierüber sind vorläufig der Freitag nachmittag und der Sonntag vormittag in Aussicht genommen. Dieses Problem ist von verschiedenen ausländischen Parlamentariern schon in Veröffentlichungen der Interparlamentarischen Union behandelt worden. Einen zusammenfassenden Bericht, der als Grundlage für die Debatte der heutigen Konferenz dienen soll, legt in den Konferenzdrucksachen der frühere deutsche Reichskanzler Dr. Wirth vor. Im Anschluß an seinen Bericht hat Dr. Wirth am